

Der „chevalereske“ Curtius

Die französische Presse für eine Deutschland befriedigende Form seiner Beschwerden

Paris, 22. Jan. Die Morgenpresse berichtet eingehend über die gestrigen Verhandlungen des Völkerbundes über die Beschwerden, die der Reichsaussenminister Dr. Curtius wegen des Wahlvertrags in Oberösterreich erhoben hat. Allgemein wird die chevalereske Art anerkannt, mit der Dr. Curtius seine gut begründeten Anträge wegen Polen geltend gemacht hat, aber allgemein kommt auch zum Ausdruck, daß man erwartet, daß heute

eine Deutschland befriedigende Form gefunden werde, um der Kontroverse, wenn nicht ein Ende zu bereiten, so doch in eine Bahn zu lenken, die der Atmosphäre in Genf entspricht.

Die Morgenpresse begrüßt sich heute mit der Wiederkehr ihrer in Genf weilenden Berichtserhalter, nimmt aber noch nicht reaktionelle Stellung.

Der in Genf weilende Chefredakteur des Petit Parisien schreibt:

Der Abfängang zwischen Reichsaussenminister Dr. Curtius und dem polnischen Außenminister Jakscki habe in seinem Augenblick das Aussehen eines Duells auf Leben und Tod angenommen. Wer in der Hoffnung auf die Sitzung gekommen sei, um zu sehen, wie Blut vergossen werde, sei enttäuscht worden. Die beiden Kämpfer hätten unerschrocken eine leidenschaftliche Haltung bewahrt. Sie hätten wie Florettduellanten gekämpft, geschickte Angriffe, gelungene Gegenangriffe, kluge Vorhänge, fluges Ausweichen.

Man dürfe den beiden Kämpfern das nicht zum Vorwurf machen, im Gegenteil, Curtius habe entgegen den Erwartungen der Nationalsozialisten in seinem Talent nicht Gewalt angetan. Er habe das Jagdhorn, la logar die kleine Trompete in der Garderobe gelassen.

Der in Genf befindliche Außenpolitiker des Petit Journal urteilt: Angesichts der Atmosphäre, die gestern in Genf herrschte, sei es nicht erstaunlich gewesen, daß der deutsch-polnische Kampf über die Zwischenfälle in Oberösterreich abgemildert wurde.

Oberschlesische Pressestimmen

zur Genfer Minderheitsdebatte

Genf, 22. Jan. Die Oberschlesien-Debatte vor dem Völkerbundstag stellt die Deutsche Morgenpost mit Betriedigung fest, daß der Reichsaussenminister Dr. Curtius die heftigen Beschwerden und die Forderungen so geschickt und wirkungsvoll vorgetragen habe, daß ihm der Dank aller Deutschen für seine Rede an diesem Tage sicher sein müsse, zumal er durch seine energische und offene Aussprache einmal der politischen Selbstbetriebe in Genf ein Ende gemacht habe. Das Blatt meint, daß nach dem Verlauf der öffentlichen Erklärungen jetzt erst hinter die Kulissen die Verhandlung über Oberschlesiens Minderheitsangelegenheiten in einem Kompromiß gelöst werden solle und daß Dr. Curtius elementare Aufgabe jetzt erst beginne; zu erreichen, daß die praktischen Beschlüsse wenigstens einigermaßen dem deutschen Standpunkte entsprechend gefaßt werden.

Die Oberschlesische Volksstimme, das Zentralorgan der oberchlesischen Zentrumspartei, nennt die Rede Curtius' einen „letzten Appell, einen

Mahn- und Warnruf an das Weltgewissen, den Schuldigen festzustellen und zur Verantwortung zu ziehen.“ Das Blatt billigt die Art und Weise, wie Dr. Curtius die deutsche Sache in Genf vertreten habe, wenn es sich auch eine noch schärfere Formulierung der deutschen Forderungen gewünscht hätte. Genf besonders betont die Oberschlesische Volksstimme die Notwendigkeit personeller Änderungen in Oberösterreich, ohne die kein Wandel zum Besseren für die Zukunft zu erwarten sei. Man werde abwarten müssen, welche Stellung die

verschiedenen Mitglieder des Völkerbundesrat einnehmen werden.

Das Friedensmanifest

Paris, 22. Jan. Zu dem Manifest, mit dem die Verhandlungen der Europa-Liön geschlossen wurde, das allgemein als eine bedeutende Kundgebung und als ein Friedensmanifest bezeichnet wird, schreibt das Journal: Der Vorkang des ersten Schauspiels des Europa-Studienauschusses fiel nach einer Apotheose, die wie ein Meteor aufleuchtete. Weshalb genügt es nicht, den sehr aufrichtigen Willen aller zu betonen, den

Japans Außenpolitik

Bemerkenswerte Ausführungen Baron Shideharas

Tokio, 22. Jan. Bei der Eröffnung der Parlamentstagung hielt Außenminister Baron Shidehara eine längere Rede über die auswärtige Politik Japans. Er führte u. a. aus:

Das Ereignis, das auf unsere auswärtigen Beziehungen in den letzten zwölf Monaten einen entscheidenden Einfluß ausgeübt hat, war der Abschluß des Londoner Flottenvertrages. Er machte der Möglichkeit eines Wettlaufens der drei Seemächte auf dem Gebiet der Hilfschiffe ein Ende und schuf in bemerkenswertem Maße das

Gefühl gegenseitigen Vertrauens

und Zusammenarbeitens. Dieses erfreuliche Resultat kann auf die Arbeit der für 1935 anberaumten nächsten Flottenkonferenz nur günstig einwirken.

Baron Shidehara wandte sich hierauf den Ereignissen in China zu und verwies mit Worten großer Anerkennung auf die Erklärungen des Reichsaussenministers und der Kammerkongressen, aus denen hervorzugehen scheint, daß die chinesische Nationalregierung durch eine Politik wirtschaftlicher Reformen die Grundlagen der Republik festigen und so China seine gebührende Stellung in der Gemeinschaft der Nationen sichern wolle. Japan sei bereit, zur Erreichung dieses Zieles jede mögliche Hilfe zu gewähren. — Ueber die

Völkerbündemethoden zu benutzen, um jedes Zurückgreifen auf die Gewalt zu verhindern, da doch dieser Mechanismus nicht alle Kriegsmöglichkeiten ausschaltet, ja nicht einmal die Verteidigungsolidarität verwirklicht habe, die doch im Völkerbündentrat in formeller Weise vorgesehen sei? Wenigstens sei die allgemeine freimütig genutzte um das Weiterbestehen der politischen Schwierigkeiten zu erinnern.

Die Volonté milt der Erklärung die Bedeutung einer neuen Achtung des Krieges bei und schreibt, das Friedensmanifest enthalte ein Treuebündnis für den Vergleich und Schlichtungsmechanismus des Völkerbundes.

Die Republik urteilt: Die Außenminister von Deutschland, Frankreich, England und Italien hätten angesichts des systematischen Mißtrauens die unerlässliche Geste der Vergebung gemacht. Es gebe Augenblicke, in denen man sich an die öffentliche Meinung und einen Gottesakzeptanz erzeugen könne. Auf diese Weise habe Europa neuerdings sich für den Frieden ausgesprochen. Die Regierung des Friedensmünches Europas werde nicht eine platonische bleiben, sondern es werden Handlungen folgen, die den Frieden schaffen.

belastet sind, haßhaft zu werden. Als das Kommando eintrat, waren noch rund 20 Leute am Tatort versammelt. Wir wir hören, sind später

nach weitere Nationalsozialisten verhaftet worden.

Wie die Feststellungen ergeben haben, ist in der Palanterstraße nicht nur ein Schuß, also der Schuß gefallen, der den Mord tatete, sondern es wurden mehrere Schüsse abgegeben. Man hat dafür Beweise in den Händen, die in der Nacht gefunden wurden. Darüber hinaus wurden jedoch auch heute vormittag noch

weitere Hülsen entdeckt Die Polizei geht noch in der Nacht Streifpatrouillen (auf Fahrrädern) ein.

Kapitän v. Müde gegen die Nazis

Der Kampf soll in zahlreichen Städten geführt werden

Hamburg, 22. Jan. In dem bis auf den letzten Platz gefüllten Sogeblieden Saal, dem größten Saal Hamburgs, sprach am Mittwochabend in einer Verammlung des Deutschlandbundes der aus dem Kriege als Führer der „Geheime-Wehrmacht“ betamte Kapitänleutnant A. Hellmuth von Müde über seine Arbeit von der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei. Es handelte sich durchweg um die in weiten Kreisen vielbeachteten Ausführungen, die von Müde am 18. Dezember vorigen Jahres im Berliner Sportpalast gemacht hat: Ein den Gesamtortrag beherrschendes Bekenntnis zum Sozialismus, daneben eine durch persönlich erlebte Beispiele belegte

Kritik an der Hitler-Partei,

deren Verhalten nach den Erfahrungen des Redners in immer deutlicheren Widerspruch zum ursprünglichen Parteiprogramm gerate. Von Müde teilte mit, daß ihm bis heute die angelegentlichste Klage des Deutschen Offiziersbundes nicht zugegangen sei. Einem ihm in Hamburg überreichten Briefe des Reichsleiters von Manroed von Killinger, in welchem Killinger beizeitete, eine Verleumdung zugegeben zu haben, hielt von Müde das Originalkritikstück mit den Unterschriften Hillters und Killingers entgegen. Dieses Schriftstück soll demnächst lakimiliter der Öffentlichkeit unterbreitet werden.

Ein Vertreter des Deutschlandbundes erklärte, die Hamburger Verammlung bilde den Auftakt zu einer Reihe von Veranstaltungen in deutschen Städten, die der

Bekämpfung des Nationalsozialismus gelten sollen. Hellmuth von Müde wird am Donnerstag in Kiel und am Freitag in Flensburg sprechen. Die Kundgebung verlief reibungslos und ohne jede Opposition, so daß der vorgezeichnete starke politische Erfolg nicht einzutreten brauchte.

Der Bischof von Leitmeritz †

Leitmeritz, 22. Jan. Der Bischof von Leitmeritz, Groß, ist gestern abend an den Folgen einer Grippe im 64. Lebensjahr gestorben. Er war seit 1910 Leitmeritzer Diözesanbischof. Seine Beerdigung findet am Samstag statt.

Suche auf Schiffen

Gibraltar, 22. Jan. Infolge eines Ausbruchs der Influenzapeidemie sind die englischen Kreuzer „Renown“ und „Tiger“ in Quarantäne gestellt worden.

Beziehungen Japans zur Sowjetunion

erklärte Shidehara: Das kann erfreulicherweise festgestellt werden, daß sich der Umfang des Handels zwischen den zwei Ländern in den letzten Jahren in rasch ansteigender Linie bewegt hat. Seit der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen im Jahre 1924 hat er sich bereits verdreifacht. Gemishe Fragen liegen den beiden Regierungen zwar noch zur Erörterung vor, aber wir sind überzeugt, daß die Sowjetregierung die gleiche Bereitschaft hat wie wir, sie im Lichte der größeren Interessen gegenseitiger Freundschaft zu erledigen.

Unsere freundschaftlichen Beziehungen zu den Staaten Europas und Amerikas sind vollauf befriedigend und werden zweifellos immer enger und fester werden. Was die Frage der

Einwanderungsregelung der Vereinigten Staaten

betrifft, die in den letzten sieben Jahren die Volkstimmung in unserem Lande stark belastet hat, so besteht kein Zweifel mehr, daß unsere Einleitungsleistung von der großen Mehrheit des amerikanischen Volkes vollkommen verteidigt und gemündigt wird. Wir werden die weitere Entwidlung der Frage mit lebenswichtigen, aber selbständigem Interesse verfolgen.

Politischer Mord in Köln

Wiederum politische Schießerei / Ein Monteur durch Herzschuß getötet

Köln, den 23. Jan. In der vergangenen Nacht, kurz nach 24 Uhr, wurde, wie die Polizei meldet, in der Palanterstraße der 30jährige Monteur Wilhelm Höfchel aus der Palanterstraße durch einen Herzschuß getötet.

Höfchel, der Mitglied der kommunistischen Partei war, stand mit mehreren Parteigenossen auf der Straße. Von vier vorbereiteten Nationalsozialisten wurden die Kommunisten angegriffen ohne jeden Grund und ohne vorherigen Wortwechsel

geschossen, wobei Höfchel den tödlichen Schuß erhielt. Die vier Nationalsozialisten konnten kurz nach der Tat

festgenommen werden. Sie beschreiten, geschossen zu haben, werden aber durch Zeugenaussagen schwer belastet. Die Ermittlungen wurden aufgenommen.

Das Hebertatkommando, das von Passanten alarmiert worden war, erschien mit einer so verlässlichen Schnelligkeit am Tatort, daß es ohne Schwierigkeit gelang, der vier Nationalsozialisten, die durch die Tat

Quell zwischen Nazis und SPD

Haushaltsauschuß des Reichstages

Berlin, 21. Jan. In der Nachmittags-sitzung des Haushaltsauschusses des Reichstages wurde der Jutizetat beraten.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) erklärte, in der Reichsgerichtlichen Rechtsprechung zum Hochverrat habe sich trotz aller Kritik nichts geändert. Endlich habe man einmal einen Prozeß wegen nationalsozialistischer Hochverratsverbrechen eingeleitet, aber wie ganz anders habe sich dieser Prozeß abgepielt, als die üblichen Hochverratsprozesse gegen die Kommunisten. In diesem Prozeß wurden des Hochverrats Verdächtige als Zeugen vernommen. Der Höfchler war, als man dem Hochverräter Hitler das große Wort verstatete (Zuruf von nationalsozialistischer Seite: „Das wird Ihnen teuer zu stehen kommen!“ — Abg. Bieder-mann (F. r.): Was soll das heißen?“) Das sind die üblichen Drohungen, die wir schon gewohnt sind und über die wir uns schon gar nicht mehr aufregen.

Abg. Schwarz (NS): Die Beleidigungen, die Abg. Dr. Rosenfeld gegen unseren Führer ausgesprochen hat, können uns nicht berühren, weil wir der Ansicht sind, daß ein marxistischer Jude in Deutschland überhaupt nicht das Recht hat, mitzureden. (Erregte Zurufe bei den Sozialdemokraten). Um so weniger kann uns eine Beleidigung von sozialdemokratischer Seite treffen, als die Partei des Redners bekanntlich planmäßig seit Jahrzehnten Hochverrat betreiben habe. Abg. Großmann (S.): Gibt es denn keinen Vorlesenden? Wenn über den Eid Adolf Hitlers schändliche Bemerkungen gemacht worden sind, so ist dem nur zu entgegen, daß dieser Eid ein deutscher Eid ist und kein Zalmudeid. Wir erwarten keine Gerechtigkeit von diesem Staate, und daraus resultiert auch unsere Stellung gegenüber diesem Etat.

Abg. Keil (S) fragte zur Geschäftsordnung den Vorlesenden, warum er den Abgeordneten Schwarz wegen seiner Beleidigungen nicht zur Ordnung gerufen hätte.

Vorlesender Abg. Reinhardt (NS) erwidert, diese Beleidigungen seien erst die Folge der Beleidigung des Parteiführers Adolf Hillers durch Abgeordneten Dr. Rosenfeld gewesen.

Abg. Landsberg (S): Adolf Hitler ist kein Reichstagsabgeordneter!

Vorlesender Reinhardt: Das ist gleichgültig. Wer Adolf Hitler beleidigt, beleidigt uns.

Abg. Keil (S) fragt noch einmal, ob ein Ordnungsruj an den nationalsozialistischen Beleidiger erfolgen solle.

Vorlesender Reinhardt: Nach dem Gesagten sehe ich hierzu keinen Anlaß.

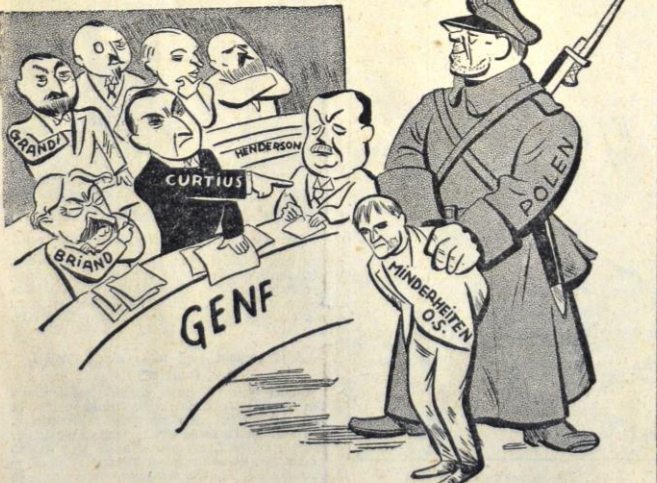
Abg. Keil (S) erklärt hierauf, daß die sozialdemokratischen Ausschußmitglieder unter diesem Vorlesenden nicht mehr tagen und den Saal verlassen würden. Die Sozialdemokraten verlassen den Saal.

Abg. Schetter (Z): Wenn eine so große Fraktion, wie die sozialdemokratische, an den Ausschüßverhandlungen nicht mehr teilnehmen will, so halten wir eine weitere Verhandlung für nicht mehr ertrieblich. Aus diesem Grunde wollen auch wir nicht mehr weiter verhandeln.

Abg. Stöcker (S) erklärt aber, daß auch seine Fraktion die Ausschüßverhandlungen nicht mehr mitmachen wolle, nachdem bereits zwei Fraktionen keine Fortführung der Verhandlungen wünschten.

Hierauf ruft der Vorlesende, Abg. Reinhardt (NS), den Abg. Dr. Rosenfeld (S), den Abg. Großmann (S) und den Abg. Schwarz (NS) zur Ordnung. Auch der Abg. Dr. Erdmann (F) erhielt wegen einer Beleidigung Hillers einen Ordnungsruj.

Die Fortführung der Sitzung muß wegen Beschlusunfähigkeit abgedrochen werden.



Wird Ost-Oberschlesien endlich sein Recht bekommen?

Am Völkerbundsstat wurde über die deutschen

Anlagen gegen Polen wegen der Unterdrückung der Minderheiten in Ost-Oberschlesien verhandelt.

Curtius: „Ich klage an!“

Ehe-Enzyklika und Frauenrechte

Von unserem römischen Mitarbeiter

Es war vorauszu sehen, daß die Sozialisten gegen die Ehe-Enzyklika besonders deshalb zu sein werden, weil sie so sehr die sozialistische Haltung in der Frauenfrage neuzeitlich freilich sind die sozialistischen Prinzipien im Grunde nur für ganz Reine berechnet, denn die katholische Grundeinstellung zur Frage der Emanzipation der Frau, der Rangordnung in der Familie und den großen Problemen der modernen Ehe ist bekannt. Die Ehe ist für die katholische Kirche überhaupt kein „Problem“, sondern ein Sakrament mit ganz klaren Grundlagen, Normen und Bestimmungen. Niemand (oder will jemand glauben machen) daß die Kirche da willföhrig oder erlöst irgend etwas von ihren urchristlichen Grundlagen preisgeben könnte?

Die modernen Verirrungen sind also im Voraus gerichtet, und kein Katholik denkt daran, da kleinlaut etwas beschnigen zu wollen. Andererseits wissen wir mit voller Ueberzeugung, daß gerade die Naturgelehrte, die medizinische Wissenschaft, die Soziologie und wen jene katholisch-gelehrten Kreise zu Nothelfern anrufen, wenn sie ernst und ehrlich sind, für uns und gegen jene zeigen. Was alle fällt tut es das Leben.

Die Enzyklika lehnt nicht die Rechte der Frau, unterbricht nicht ihre Freiheit, sondern stellt sie im Gegenteil wieder her, nachdem sie durch die modernen Verirrungen gefährdet sind. Hören wir einige Aussprüche aus ihr:

„Die Unterordnung der Gattin unter den Gatten leugnet und befreit nun aber nicht die Freiheit, die ihr auf Grund der Menschenwürde und der hohen Aufgabe, die sie als Gattin, Mutter und Lebensgefährtin hat, mit vollem Recht zugehört. Sie verlangt auch nicht von ihr, allen möglichen Wünschen des Mannes zu willfahren, auch denen die ethisch unvernünftig sind oder der Frauenwürde entgegenstehen. Sie ist endlich nicht so zu verstehen als ob die Frau auf einer Stufe stehen sollte mit denen, die das Recht als Minderjährige besitzen. Was sie aber verbietet, das ist, im Familienkörper das Herz zum Haupt zu trennen ja größtem Schaden, ja mit Gefahr seines völligen Unterganges. Denn wenn der Mann das Haupt ist, dann ist die Frau das Herz, und wie er das Vortrecht der Leitung, so kann und soll sie den Vorrang der Liebe als ihr Eigenes, und Sondergut in Anspruch nehmen.“

Ausdrücklich wird gesagt, daß nur die Ungebundenheit und überlegene Freiheit ohne Rücksicht auf das Wohl der Familie verboten sei. Mit Leo XIII. nennt Pius XI hier die Frau nicht die Dienerin, sondern die Gefährtin des Mannes:

„Grad und Art der Unterordnung können jedoch sehr verschieden sein, je nach den verschiedenen persönlichen, örtlichen und zeitlichen Verhältnissen (!) Wenn der Mann keine Pflicht nicht tut, ist es sogar die Aufgabe der Frau keinen Platz in der Familienleitung einzunehmen. Aber der Aufbau der Familie und ihr von Gott selbst erlangenes und beträchtliches Grundgesetz einfach umzulehren oder anzuzweifeln ist nie und nirgends erlaubt.“

Wie manche Frau wird dem Papst auch darin Recht geben, daß gerade ihr und ihren weiblichen und mütterlichen Pflichten und Aufgaben durch Reinheit, Heiligkeit und Unauslöslichkeit der Ehe am besten gedient sei.

Aber nun zum besonders umkämpften Kapitel über die Emanzipation der Frau. Es wird eine „soziale wirtschaftliche und physiologische“ Emanzipation unterschieden.

„Die physiologische Emanzipation verstehen sie dahin, daß es der Frau völlig freistehen soll, die mit dem Beruf der Gattin und Mutter verknüpften natürlichen Laiten von

sich fernzuhalten (daß dies keine Befreiung, sondern ein ruderloser Frevel ist, haben wir schon zur Genüge dargelegt). Die wirtschaftliche Emanzipation soll der Frau das Recht bringen, ohne Vorwissen und gegen den Willen des Mannes ihr eigenes Gewerbe zu haben, ihre Angelegenheiten und Geschäfte selbst zu betreiben, selbst die Vermittlung in Händen zu halten, gleichgültig, was dabei aus Kindern, Gatten und der ganzen Familie wird. Die soziale Emanzipation endlich will die Frau dem engen Kreise der häuslichen Pflichten und Sorgen für Kinder und Familie entheben, um sie freizumachen für ihre angeborenen Neigungen, damit sie sich anderen Berufen und Tugenden, auch solchen des öffentlichen Lebens widmen kann.“

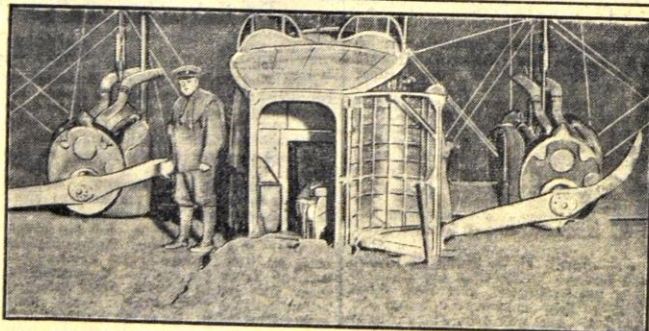
Wie man sieht, handelt es sich nicht um das weltliche Geschlecht schießlich, nicht um die Arbeiter und dergleichen, sondern um die Mutter und Gattin, die durch außerordentliche Neigungen und Interessen ihre häuslichen Pflichten vernachlässigt.

Ausdrücklich wird dann gesagt: „Sollte jedoch in einem Lande die soziale und wirtschaftliche Lage der verheirateten Frau wegen der gewandelten Kulturverhältnisse einer Abänderung bedürftig, so ist es Aufgabe der Staatsgewalt die bürgerlichen Rechte der Gattin den Bedürfnissen und Forderungen der Zeit zu anpassen unter Berücksichtigung der Eigenart der weiblichen Natur der Sittlichkeit und Ehrbarkeit und des Gemeinwohls der Familie. Nur muß die wesentliche Ordnung der Hausgemeinschaft unangetastet bleiben, da sie durch eine höhere als menschliche, nämlich die göttliche Autorität und Weisheit festgelegt ist und darum seiner Veränderung durch Staatsgelehrte oder durch das Gutdünken der einzelnen unterliegen kann.“

Immer wieder wird betont, daß die Ehe auf dem Felsen der echten gegenseitigen Liebe der Gatten zueinander gebaut sein müsse, und ohne Liebe wird diese Liebe schon den rechten Weg finden, wenn sie sich mit der Treue zur gemeinsamen Mutter der Kirche verbindet.

Das Organ des Heiligen Stuhles über den Nationalsozialismus

Rom, 20. Jan. Der Offiziäre Romano sagt heute in seinem Leitartikel, der eine Auseinandersetzung mit der römischen Tribune über die Beteiligung der Katholiken an der Politik



Die Notlandung des englischen Gold-Flugzeuges

Ein englisches Flugzeug, das mit einer Ladung von 600 Kilogramm reinem Gold von London nach Paris unterwegs war, mußte in

Kent wegen Maschinenschadens niederlegen. Der Pilot landete trotz seiner Verletzungen neben dem Flugzeug Woche, bis Hilfe kam.



Pater Innerkofler,

einer der bedeutendsten Führer der Südtiroler Freiheitsbewegung, sprach zum erstenmal öffentlich in Berlin über die schwere Lage der Deutschen in Südtirol.

und das Wesen der katholischen Politik bildet, wörtlich:

Die wahre, große heilsame christliche Politik ist immer die höchste Norm, der wesentliche Beweggrund in den Programmen und den Stellungnahmen der Katholiken. Das ist er in der Antwort des Bischofs von Mainz, in der die kirchliche Autorität sich gegen die Forderungen erhoben hat, nicht wegen der politischen Ziele und Interessen, nach denen sie streben oder die sie vertreten, sondern wegen derjenigen Grundzüge in ihrem Programm, die mit der katholischen Lehre unvereinbar sind.

Diese bedeutende Erklärung im Epochenartikel des Organs des Heiligen Stuhles widerlegt endgültig die tendenziösen Mißdeutungen und die absprechende Bagatelisierung, der die oberkirchliche Mahnung und Warnung der Mainzer Bischoflichen Kurie gegenüber den unchristlichen Ideen im nationalsozialistischen Programm durch viele Hitzefächler vollkommen der führenden katholischen Presse Deutschlands Recht, die vom Standpunkt der christlichen Weltanschauung aus das ärgert Bedenkliche in dem neuheidnischen, überspannten politischen Bewußtsein und seinen Auswüchsen in alle Klardenken entfällt und widerlegt hat.



Generalanwalt Wikertscham,

der von Präsident Hoover beauftragt wurde, mit einer Kommission nach strenger Gelehrer zur Durchführung der Prohibition zu schaffen. Der sogenannte Wikertscham-Bericht beschäftigt augenblicklich die amerikanische Presse in höchstem Maße, da der Ton des Berichtes die Unsicherheit der Kommission dem Problem gegenüber verrät.



Anna Pawlowa gestorben

WIB Haag, 23. Jan. Die weltberühmte russische Tänzerin Anna Pawlowa ist heute nacht gegen 1 Uhr gestorben. Die Leiche der Tänzerin wurde noch in der Nacht in die russische Kirche im Haag übergeführt.



Alfons Raquet,

dessen Reiseberichte und Dramen große Erfolge erleben, wird am 26. Januar 60 Jahre alt.



Danton im deutschen Tonfilm

Danton (Fritz Kortner) und Camille Desmoulins (G. v. Wangenheim) vor dem Konvent.

In Berlin gelangt jetzt der Film „Danton“ mit Kortner in der Titelrolle zur Uraufführung. Der Film, der als erster wieder mit richtigen Darstellern gedreht wurde, schildert den glanzvollen Aufstieg der Girondinen, die Septembermorde und den Sturz Dantons, des glühenden Revolutionärs.



Eine Szene aus dem Film „Dreigroschenoper“ mit Forster als Madie Meiser, Carola Neher als Polly und Balista Bert als Frau Peckham.

Der Streit um den Film kommt nicht zu Ende. Der Komponist Weill hatte eine einseitige Verfügung erwirkt, nach der es der Firma verboten sein sollte, den Film aufzuführen. Als aber der Gerichtsvollzieher den Film in Gewahrsam nehmen wollte, waren angeblich alle Negative und Kopien spurlos verschwunden.

Blick in die Woche

Unsere letzte Wochenrubrik schloffen wir mit dem Hinweis auf die bevorstehende Feier der Reichsgründung. Die Hoffnung, daß ein solcher Festtag Veranlassung werden könnte, in Deutschland die Völkerverständigung zu halten, hat sich nicht verwirklicht. Aus allen Ecken des Reiches kamen auch im letzten Wochenabschnitt wieder Meldungen von Fanatismus, Streit und Selbstmord bis zum Totschlag.

An der Reichsgründungsfeier im Reichstage haben sich die Nationalsozialisten und die Kommunisten nicht beteiligt. Daß die letzteren fehlten, war natürlich. Unnatürlich ist es aber, durch die Bande zu reisen und sich als allein zuverlässiger Vertreter deutscher Vaterlandsliebe zu empfehlen, gleichzeitig aber der Geburtsstagsfeier des Reiches fernzubleiben. Die Nationalsozialisten hätten das nicht tun sollen. Sie haben eine verpasste Gelegenheit zu beklagen. Sie konnten einmal die Geburtsstunde eines Reiches festlich mit begehen. Ihr Drittes Reich als festgefahrene Totegeburt wird ihnen dazu keine Gelegenheit geben.

In verflochtenen Monaten hat es in Deutschland Leute gegeben, die das Reich retten wollten. Sie wollten ihm herausstellen aus seiner Weltnot. Der Goldmacher Laujend hatte es ihnen an dem 1. März, dem Reichstag zu helfen, war so ungeschicklich, daß er hunderttausende Mark opfert. Nun leben sie als die Betrogenen da. Laujend ist ein Vandal, aber kein Goldmacher. Wenn man genau wüßte, daß die Betrüger nur dem Reich helfen wollten und selber gar nicht auf mühseligen Gewinn spekulierten, dann müßte man für eine besondere Auszeichnung für sie eintreten. Aber wer weiß es genau?

So geringer die Ausbeute bei den Experimenten von Laujend war, desto mehr reizendes Gold der Rede floß in Genf, als es sich darum handelte, von der Abrüstung zu sprechen. Der englische und der italienische Außenminister haben fast so gesprochen wie nur ein Deutscher deutsches Recht und deutsche berechtigte Forderung hätte vertreten können. Nur waren diese Reden, vor allem diejenige von Henderson, zurzeit hilfslos. Als im Vorbereitungsausschuss „nicht nur der Mund geklappt, sondern gepufft werden mußte, da hat gerade der englische Vertreter nicht die Kraft gefunden, gegen den schlechten Willen Frankreichs aufzubegehren. Man sagt auch: „Goldes Willen!“ Die Verbleiben des vorbereiteten Ausschusses waren ein gemallter Fischslogan. Bis zur Abrüstungskonferenz 1932 ist es noch weit. In der Zwischenzeit können sich die Engländer mit den Franzosen auf dem Felde wohlhabender Regionen tummeln. Nur werden besonders die Engländer mit ihrer Viermannsgesetz zur Unzeit keinen starken Eindruck in Deutschland machen. Herr Briand braucht sich überhaupt nicht zu bemühen, denn an französischen Abrüstungswillen glaubt kein Mensch in der Welt.

Einen vorläufigen diplomatischen Sieg hat Deutschland in Genf aber doch errungen. Curtius, der deutsche Außenminister, hat mit Geduld und Glück die deutsche Beschwerde an den Völkerbund vertreten, die sich mit den Zerstorungen der Polen gegen die deutsche Minorität bezieht. Der Pole Jalecki konnte nur schwach erwidern und mußte zugestehen, daß Bescherte vorkommen. Jetzt kommt es darauf an, wie die Angelegenheit in den nächsten Sitzungen des Völkerbundes weiter behandelt wird. Die Politik hinter den Kulissen hat meist ihre Gefahren. Zuweilen, die sich auf den guten Anfang einer Auseinandersetzung stützt, ist in Genf am Ende oft enttäuscht worden. Besonders werden sich die Franzosen recht Mühe geben, der Polen die Kräfte, die sie verdient haben, zunächst so schmerzlich wie möglich zu machen. Man hört aus Genf starke Worte, daß Deutschland nicht loder lassen werde. Man ist mehr als bisher geneigt, zu glauben, daß ihnen die Tat folgen wird, denn Curtius kämpft in Genf nicht nur um deutsches Recht, er kämpft zugleich um seinen Ministerstuhl. Nachfolger für ihn wurden schon genannt. Es gibt Kräfte, die Herr Dr. Curtius für zu weich halten und eine härtere Faust für notwendig. Ob mit Recht, das müßte erst die Probe aufs Exempel lehren.

Die Europakonferenz war auch in Genf zusammen. Sie hat eine Erklärung losgelassen, die mit der etwas unpräzisen Bezeichnung „Manifest“ in die Welt gegangen ist. Darin wird beteuert, daß niemand daran denke, in Europa einen neuen Krieg anzusetzen und daß das Beste, was man zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage tun könne, die Wahrung des Friedens sei. Wenn es einen ehrlich gemeint ist, ist es gut. Wenn die Erklärung als Erkennungslinie für die ganze Welt beruhigend genug wirkt, um die wirtschaftlichen Verhältnisse wenigstens zur Gelandung zu bringen, ist es am besten.

Die nächsten zwei bis drei Monate werden in bezug auf die Wirtschaft für Deutschland ganz besonders bedeutungsvoll sein. Ueber die Größe der Not braucht kein Satz mehr geschrieben zu werden. Was die Regierung zu tun gebietet, um sie zu mildern, wird man voraussichtlich am 31. März feststellen. Die Minister haben den Reichstag mit dem Bescheid, daß die Regierung rechts und links schauen, angelehnt der ungemindertem Vorlage schon die „Punkte“ des Brüning'schen Programms und der Brüning'schen Regierungsführung anmelden zu können.

Die Art, wie sie es tun, läßt aber deutlich fühlen, daß sie selber nicht daran glauben. Sie empfinden vielmehr stark die für sie unheimliche Ruhe und Beharrlichkeit Dr. Brüning's. Mit jedem Tage, den wir dem Frühjahr näher kommen, ohne daß die erhoffte Bille eintreten ist, leben die Unzufriedenheiten rechts und links feilsch wegwachsend. Es kommt in den nächsten Wochen darauf an, daß die Ordnungsliebenden, die Unbequemlichkeiten, die Vertrauensverlusten sich von den Fekern die Zuversicht in die Richtigkeit Brüning'scher Politik nicht erschüttern lassen. Dann werden wir uns in fünfzig Wochen, vergangener Weise gerne erinnern an dem erhebenden Bewußtsein, daß sie gemeißelt und überwunden wurden. Daß das gelingt, dafür hat wesentlich der demnächst zusammentretende Reichstag zu sorgen. ∞

Neue Zuchtstrafe für böse Buben?

MW Berlin, 23. Jan. Zwischen mehreren großen Parteien des Reichstages haben dem Berliner Tagesblatt zufolge, gestern unverbindliche Besprechungen über die seit einiger Zeit geplante Reform der Gefängnisordnung des Reichstages stattgefunden. Die Besprechungen werden fortgesetzt werden. Das Blatt nimmt an, daß es zu Änderungen vorläufig für die Gefängnisreform kommen wird, obwohl man sich in der Hauptsache über der geltenden Bestimmungen und vor allem die rüchdische Unterlegung der Präsidenten bei ihrer Handhabung durch die Parteien sehr viel erreichen kann.

„Lebensgefährtin“

Die Gegner der christlichen Ehe — Sie stehen nicht nur links, sondern leider auch rechts

Seit einigen Tagen ist der Reichstagsausschuss zur Beratung des „Entwurfs eines Allgemeinen Deutschen Strafgesetzbuchs“ zusammengetreten. Der Ausschuß beschäftigte sich in seiner Sitzung vom 21. Januar u. a. mit dem § 19 des Entwurfs, in dem festgelegt wird, was unter „Angehörige“ im Sinne des Gesetzes zu verstehen ist. Es lag ein Antrag der Sozialdemokraten vor, der unter diesen Begriff auch Personen fallen sollte, die in eheähnlicher Gemeinschaft miteinander leben (Lebensgefährtin). Die kommunistische Fraktion ging in ihrem Antrag noch einen Schritt weiter und hatte beantragt, folgenden Satz einzufügen: „sowie Personen, die wie Ehegatten miteinander leben (Lebensgefährtin)“. Beiden Anträgen trat die Zentrumsmittler des Strafrechtsausschusses sofort scharf entgegen, indem sie darauf hinwies, daß hier der Versuch einer Legalisierung des außerehelichen Verhältnisses vorliege. Die Anträge seien im letzten ein Vorstoß gegen die Ehe. Die Anträge, sowohl der kommunistische wie auch der sozialdemokratische, wurden abgelehnt. Der letztere mit der geringen Mehrheit von 14 zu 12 Stimmen. Es muß hervorgehoben werden, daß auch der Vertreter der Staatspartei im Strafrechtsausschuss für den Antrag der Sozialdemokraten stimmte!

Von Interesse war die Aussprache, die sich um die Haltung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei in dieser Frage drehte. Ihr Sprecher, der Abgeordnete Dr. Frank 2, wandte sich gegen die Anträge der beiden Linksparteien, mußte sich aber im Laufe der Debatte lassen, daß die Haltung der Nationalsozialisten durchaus nicht einseitig sei. Sozialdemokratischerseits wurde eine Stelle aus dem Völkerbundsbericht „Der Mythos des 20. Jahrhunderts“ vorgelesen. Hier heißt es: „Der Völkerbund (der Hauptträger der nationalsozialistischen) folgende Lehre auf: „... Gemäß ist die Ehe zu schätzen, und durchaus beizubehalten als organische Zelle des Volkstums“; aber Prof. Wiest knüpfen habe mit Recht darauf hingewiesen, „daß ohne Zielweiserberei-ner der germanische Völkerstamm früherer Jahrhunderte entstanden wäre, womit, so viel gelang, ist doch alle Voraussetzungen für die Kultur des Abendlandes gefehlt hätten. Es gab auch später Zeiten, wo die Zahl der Frauen dieserzeit der Männer bei weitem überwog, heute ist das wieder der Fall. Sollten diese Frauenmilionen mitteilig als alte Jungfer belächelt, ihrer Lebensrechte beraubt durch das Da sein gehen? Soll eine heuchlerische geschlechtliche Gemeinschaft über das Frauenrecht abwärts abwärts führen? Ein kometisches Reich wird bei Beibehaltung der Ehe in den Mittern deutscher Kinder die gleiche Achtung entgegenbringen und die Gleichstellung der unehelichen Kinder mit dem ehelichen gesellschaftlich und geistlich durchzuführen müssen. Ein Deutsches Reich der Zukunft wird gerade die kinderlose Frau — gleich, ob verheiratet oder nicht — als ein nicht vollwertiges Mitglied der Volksgemeinschaft betrachten und damit auch den Ehebruch“ des Mannes mit Kinderlosigkeit nicht als unrichtig zu wertender Ehebruch betrachtet werden kann, nur das der Betreffende zur Zahlung der Erziehungsstellen des Kindes geistlich anzuhelfen ist. Eine Ausnahme erleidet diese Betrachtung bei Kaltenemilung. Wählt sich eine deutsche Frau freiwillig mit Regem Gelden Mischlingen und Juden ein, so steht ihr in keinem Fall ein gesetzlicher Schutz zu, auch nicht für ihre ehelichen und unehelichen Kinder, die die Rechte des deutschen Staatsbürgers von vornherein gar nicht zugelassen erhalten.“

Hier wird also von dem Nationalsozialisten Adolfsberg der christliche Charakter der Ehe preisgegeben. Ehebruch ist für ihn nicht Ehebruch. Er legt dieses Wort in Mißbrauchsdeutung. Der Ehebruch mit Kinderlosigkeit ist für diesen nationalsozialistischen Vertreter kein Ehebruch. Solange er sich in seinen Ausführungen für den außerehelichen Verkehr ein, sofern er nur im Dienste der deutschen Rasse steht. Wir können nur feststellen, daß hier eine

litische Verwilderung schimmert aber nicht vorliegt. Und daß diese Verwilderung ebenfalls nicht mit einem nationalen Mantel umkleidet wird. Wir leben auch hier wieder, wie der Nationalsozialismus alles, auch das Religiöse, unter die Oberherrschaft seines Prinzipals stellt. „Eitlich ist, was der Rasse dient.“ Es braucht nicht betont zu werden, daß in diesen Aufstellungen eine glatte Verleumdung enthalten ist, und daß sie mit den katholischen Auffassungen nicht vereinbart werden kann.

Der Nationalsozialisten im Strafrechtsausschuß war diese Feststellung sehr unangenehm. Der Abgeordnete Frank 2 erklärte, das Buch Völkerversittung nach nicht gelesen (!) zu haben. Eine Bemerkung, die im Ausschuss großes Gelächter auslöste. Er erklärte ferner, die Meinung über die Frage ginge im Nationalsozialismus auseinander, jedenfalls seien die nationalsozialistischen Mitglieder des Straf-

Deutsche Mindestforderungen in Genf

Ob Jalecki den Mut zur Wahrheit und Gerechtigkeit aufbringen wird?

MW Genf, 22. Jan. In den Wandelgängen des Völkerbundes werden die Fragen, die gegenwärtig insbesondere den Gegenstand nicht-offizieller und streng vertraulicher Beratungen des Rates bilden, eifrig erörtert. Besonders großem Interesse begegnet die Beschwerde Deutschlands über Polen, wobei naturgemäß im Vordergrund der Gerüchte und Vermutungen der Ausgang dieser Angelegenheit steht. Allgemein wird festgestellt, daß die Einleitung der großen deutschen Beschwerdeaktion durch die außerordentlich eindrucksvollen Reden des deutschen Außenministers, denen Herr Jalecki lediglich einige Verlegenheitsäußerungen entgegenbringen konnte, ihren großen Wert besitzt. Es ist Dr. Curtius gelungen, vor der Weltöffentlichkeit Klarzuzustellen, welcher unerhörten Rechtsbrüche der polnische Staat bei dessen Gründung die Garantieung des Schutzes seiner Minderheiten zur Bedingung gemacht wurde, gegenüber diesen Minderheiten sich schuldig gemacht hat. Diese öffentliche Anklageerhebung bildet aber, was ausbräutlich festgelegt werden muß, nur die Einleitung, und die deutsche Delegation ist entschlossen, den Weg, den sie eingeschlagen hat, jeit und konsequent weiterzugehen.

Jalecki hat ja in seiner ersten Rede bereits zugegeben, daß Verletzungen der Genfer Konvention vorliegen. Mit diesem Zugeständnis darf man sich aber nicht begnügen. Der deutsche Außenminister hat in seiner zweiten Rede zu erkennen gegeben, welche Mindestforderungen zu stellen sind, damit die verletzten Rechte wiederhergestellt werden.

Der britische Außenminister Henderson hat in nicht-offizieller Sitzung des Rates festgestellt, daß der Völkerbundsrat Verpflichtung habe, die sich aus seiner Verantwortung ergibt. Der Rat wird nicht umhin können, jetzt zu stellen, daß die Artikel 75 und 83 der Genfer Konvention verletzt worden sind und man muß erwarten, daß er darüber seine Mißbilligung ausspricht. Ferner ist es selbstverständlich, daß Polen auf die nächsten Amtszugung im Rat an den Rat berichten muß, welche Maßnahmen es inzwischen ergriffen und durchgeführt hat. Ganz besondere Bedeutung wird es haben, durch welche Maßnahmen übergestellt werden soll, daß diese Vorgänge sich nicht mehr wiederholen. Dabei spielt die Aenderung des ganzen Systems eine große Rolle und an der Frage des Verständlichungsverbandes wird ebenfalls vorübergegangen werden können wie an der Forderung, daß die obersteinständige Bevölkerung von Herrn Gracynski nun bald entgültig erlöscht werde. Sollte der polnische Außenminister für solche selbstverständlichen Forderungen kein Verständnis zeigen, so wird sich die Einkerbung einer Untersuchungskommission durch den Völkerbundsrat nicht umgehen lassen.

rechtsausschusses nicht der Auffassung des Herrn Adolfsberg; auch sei Adolfsberg's Buch kein parteiliches Beratersung. (Möchte es so sein! Dann wäre manches anders und besser.)

Ein teurer Federhalter

5000 Gulden!

MW Haag, 23. Jan. Eine hiesige Verleumdungsgesellschaft hat der Stadt Locarno als Entschädigung für den nach der Beendigung der im vergangenen Jahre im Haag abgehaltenen Internationalen Friedens- und Völkerbunds-ausschusses plötzlich vermählten historischen Federhalter von Locarno einen Betrag von 5000 Gulden ausbezahlt. Mit dem vorerwähnten Federhalter wurde von den Aufgenommen der verstorbenen in Frage kommenden Länder die Locarno-Untersuchung hat sich nicht aufklären lassen, auf welche Weise der Federhalter im Haag oder auf der Reise nach dem Haag abhandeln gekommen ist. Die Stadtverwaltung von Locarno hat sich mit der Höhe der Entschädigungssumme einverstanden erklärt.

18 Stunden im Bergwerk eingeschlossen

MW London, 23. Jan. Fünf Bergleute, die infolge eines Einsturzes in einem Bergwerk bei Stolove-Trente gestern früh 2.30 Uhr verhaftet wurden und eine zeitlang bereits aufgegeben worden waren, sind gestern abend in schwer erschöpftem Zustand, aber unerlekt nach 18stündigem Einschlossen sein geborgen worden.

Gelt amerikanisch

Feuergesicht im Straßengewühl — Die Pflicht zwingt, den Jugendfreund zu töten

Detroit, 23. Jan. (United Press). Einer der gefährlichsten und geschicktesten Verbrecher Amerikas, der gefürchtetste Whitey Kraft, hat in einem Revolverkampf mit der Polizei auf offener Straße den Tod gefunden. Die Polizei hofft, durch die Beteiligung Krafts, den berühmtesten P. J. Moran's-Gang, vielleicht der schlimmsten und wildesten Verbrecherbande der ganzen amerikanischen Kriminalgeschichte ein Ende bereitet zu haben. Kraft war von der Behörde gesucht worden, seit seine Hande vor etwa zwei Jahren den berühmten Ueberfall auf das Gebäude der Detroit News unternahm und mit einer Beute von 50 000 Dollar entkam. Er befand sich zusammen mit einem Kameraden in einem Auto, als der

Polizist Rowacki in einem Patrouillenwagen vorüberfuhr und ihn erkannte. Auf den Befehl, zu halten, antwortete Kraft mit Schüssen. Es entzündete sich mitten im dichten Straßengewühl ein Feuergesicht, das mit der Eröffnung des Scherwiderstands und der Verwundung seines Begleiters endete. Die unzähligen Menschenleben auf dem Gewissen hatte, daß somit einen gewaltigen Abschluß gefunden. Eine tragische Note erhält der Vorfall durch den Umstand, daß Kraft und der Polizist Rowacki, der ihn erschöß, zusammen aufgewachsen und früher auf engste befreundet waren.